Morgen-Ausgabe. Nr. 247 — Sonnabend, 29. Mai 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 47,60 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Dr. Goebbels antwortet Mundelein

Der Sittenverfall wird restlos ausgerottet

Verbrecherischer Klerus am Pranger

Dresden, 28. Mai.

Seit langem sah man keiner politischen Rede mit so großer Spannung entgegen wie der, die Dr. Goebbels am Freitagabend auf einer Massenkundgebung in der Deutschlandhalle hielt. Die Erwartungen wurden nicht nur erfüllt, sondern, wie man ohne Uebertreibung feststellen darf, weit übertroffen.

Es war eine wahrhaft erschütternde Rede. Wer sie am Rundfunk miterlebte, hatte das Gefühl, daß Dr. Goebbels aus tiefstem Innern sprach. Man empfand den Eroberer Berlins wieder als den großen Meister des Wortes, der formvollendet seine Gedanken ausdrückt, und man stand im Bann der Leidenschaftlichkeit des Politikers und Nationalsozialisten. Gleichzeitig wußte man aber und vernahm aus den Worten dann die Bestätigung: Hier spricht auch der Mensch und Vater, der Heiligstes verletzt sah, was ihn besonders empörte beim Gedanken an die eigenen Kinder. Darin ging er einig mit allen deutschen Eltern, die in der Reinheit von Leib und Seele ihrer Kinder einen köstlichen Edelstein sehen, den es sorgsam zu hüten gilt. Dennoch war die Rede kein Temperamentsausbruch. Man spürte, wie genau die Sätze formuliert und die Worte wohl abgewogen waren. Hier sprach ein verantwortlicher Minister des Deutschen Reiches, und unterstrich verschiedentlich, daß er als solcher sprach. So stehen die Erklärungen fest und unverrückbar, die der Rede eine Tragweite verleihen, die weit über das gewöhnliche Maß hinausgeht. Dieser Kundgebung in der Berliner Deutschlandhalle kommt eine besondere Bedeutung zu. Sie stellt eine entscheidende innerpolitische Auseinandersetzung mit Erscheinungen dar, die der Staat nicht länger mehr hinnehmen kann. Eine messerscharfe Abrechnung wurde mit den klerikalen Auslandshetzern gehalten, aus denen als besonders hoher Würdenträger der Kardinalerzbischof von Chikago, Mundelein, hervorragt. Gleichzeitig sah sich der deutsche Klerus am Pranger, dessen Verhalten die Sexualprozesse notwendig machte, und der sich nicht scheute, die Auslandshetze selbst zu inspirieren.

Im Zusammenhang mit den Prozessen gegen katholische Geistliche hatten sich wohl jedem einzelnen eine Reihe schwerwiegender Fragen aufgedrängt, z. B. die, welchen Umfang die sittlichen Verfehlungen insgesamt haben möchten. Dr. Goebbels mußte die erschütternde Antwort geben: „Es handelt sich um einen allgemeinen Sittenverfall, wie er in diesem empörenden und erschreckenden Ausmaß kaum noch einmal in der gesamten Kulturgeschichte der Menschheit festzustellen ist.“ Viele Einzelfragen bewegten seit langem die Oeffentlichkeit. Am gestrigen Abend hat Dr. Goebbels die Antworten gegeben, und seine Rede wird in mehr als einer Beziehung als das erlösende Wort empfunden werden. Zurückgewiesen sind nunmehr die schamlosen Angriffe auf die deutsche Justiz, die Verleumdungen und Verdächtigungen. Mit nachhaltiger Deutlichkeit ist gewissen Stellen im In- und Auslande zu Gemüte geführt worden, daß das nationalsozialistische Deutschland für unbedingte Sauberkeit im Innern sorgt und die Mittel dazu in der Hand hat, auch die Oeffentlichkeit des Auslandes zur Erkenntnis der Wahrheit zu führen.

Die Massen in der Deutschlandhalle stimmten dem Reichsminister und Gauleiter nach jedem einzelnen seiner Sätze mit stürmischem Beifall zu. Mehrfach brach sich flammende Empörung Bahn, wenn Dr. Goebbels besondere Schamlosigkeiten geißelte, und erregte Zwischenrufe forderten die volle Schärfe des Gesetzes gegen die Volksverderber.

Auf die politische Bedeutung der Rede werden wir im Sonntagsblatt zurückkommen. Ihren Wortlaut geben wir auf Seite 3 und 4 wieder.

Um Ungarns Gleichberechtigung

Von unserem ständigen Mitarbeiter in Budapest

In Budapest, nicht weniger aber auch in Prag und Wien, verfolgt man die gegenwärtigen Besprechungen der in Genf versammelten europäischen Staatsmänner und Politiker mit gespannter Aufmerksamkeit. Allgemein herrscht die Auffassung vor, daß das wichtigste Ergebnis der mitteleuropäischen Gespräche in Genf die Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung für Ungarn sein werde. Dabei betonen die Budapester Blätter, daß in der letzten Zeit Frankreich und England mit bemerkenswerter Eindringlichkeit in den Hauptstädten der Staaten der Kleinen Entente für eine verständnisvolle Behandlung der berechtigten ungarischen Wünsche eingetreten seien. So habe vor allem die englische Diplomatie in Prag einen starken Druck ausgeübt in der Richtung der Anbahnung eines Ausgleiches zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn. Unter der Ueberschrift: „Irgend etwas bereitet sich vor...“ stellt das Budapester Blatt „Pesti Hirlap“ fest, in der Haltung Frankreichs und Englands gegenüber den ungarischen Forderungen sei deutlich sichtbar eine tiefgehende Wandlung eingetreten. Verschiedene Anzeichen deuteten auf die beginnende Erkenntnis Frankreichs hin, daß man ohne die Berücksichtigung der ungarischen Wünsche zu keiner ruhigen Neuordnung in Mitteleuropa gelangen könne. Bemerkenswert ist der Nachdruck, mit dem sowohl die ungarische, als auch die Kleinverbandspresse, dann aber auch englische und französische Blätter darauf hinweisen, daß unter allen Umständen vermieden werden müsse, daß Ungarn die militärischen Klauseln des Trianonvertrages einseitig kündige. Man müsse vielmehr den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen und nach entsprechenden Verhandlungen Ungarn die militärische Gleichberechtigung zuerkennen. In dieser Einstellung liegt offensichtlich ein Beweis dafür, daß Ungarn das auffallende Verständnis, das man heute seiner Lage entgegenbringt, in erster Linie der Wiedererstarkung des Deutschen Reiches zu verdanken hat. Hat doch das Deutsche Reich durch sein Vorgehen besonders in der Frage der militärischen Rüstungen gezeigt, daß die auf Gewalt und Diktat beruhenden Bestimmungen der sogenannten Friedensverträge gegenüber einem entschlossenen nationalen Willen einfach nicht mehr aufrechterhalten werden können und daß daher die berechtigten Wünsche, in diesem Falle Ungarns, unbedingt erfüllt werden müssen.

Somit kann nun Ungarn die Auswirkungen der Wiedererstarkung Deutschlands auch für seine politischen Zielsetzungen nutzen. Hierauf spielt wohl der schon erwähnte „Pesti Hirlap“ an, wenn er schreibt, niemand könne Ungarn, das mit der Unterstützung Deutschlands rechne, vorwerfen, daß es diese politische Freundschaft nicht genügend würdige. In Prag glaubt man übrigens, daß die Anwesenheit der verschiedenen Staatsmänner und Diplomaten in Genf dazu führen werde, daß eine außerordentliche Sitzung des Ständigen Rates der Kleinen Entente abgehalten werden wird. Auf dieser Sitzung würde dann die Frage der militärischen Gleichberechtigung Ungarns vorberaten werden. Es scheint übrigens in den politischen Kreisen des Kleinverbandes noch immer der Wunsch zu bestehen, die Zustimmung zur Wiederaufrüstung Ungarns mit einem Nichtangriffspakt zu verkoppeln, den Ungarn gleichzeitig mit den drei Staaten der Kleinen Entente abschließen soll, um dadurch eine Gewähr dafür zu geben, daß es die Wiedererlangung der militärischen Gleichberechtigung nicht für seine revisionspolitischen Zielsetzungen benutze. Auf diesem Wege soll praktisch dasselbe erreicht werden, was von seiten des Kleinverbandes ursprünglich angestrebt wurde, als man die Zuerkennung der militärischen Gleichberechtigung für Ungarn von einer Absage an die Revisionspolitik überhaupt abhängig machen wollte. Dieser Wunsch nach einem Nichtangriffspakt zwischen Ungarn und den Kleinverbandsstaaten scheint nun noch das einzige große und nur schwer zu überwindende Hindernis zu einer Verständigung über die Frage der militärischen Gleichberechtigung Ungarns zu sein. Von ungarischer Seite wird dann noch allergrößter Wert gelegt auf eine wirksame Neuregelung des Minderheitenschutzes, der nach ungarischer Auffassung eine ganz besonders vordringliche Aufgabe ist. Interessant ist übrigens, daß verschiedene ungarische Blätter feststellen, daß man in Bukarest nach wie vor versuche, mit Hilfe von Frankreich diese mitteleuropäische Frage zu klären, während man in Belgrad, dann vor allem aber neuerdings in Prag, den Wunsch habe, in allererster Linie mit England einig zu gehen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in den maßgebenden Budapester Kreisen die Aussichten für eine Entspannung im Donauraum als ziemlich gut angesehen werden. Offenbar auf Betreiben Prags wird unter den in

Die deutschen Kontrollschiffe erneut herausgefordert

Von bolschewistischen Flugzeugen in Angriffsform angeflogen

Berlin, 28. Mai.

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet: Nachdem erst vor zwei Tagen rote Flieger internationale Kontrollseestreitkräfte, darunter das deutsche Torpedoboot „Albatros“, auf der Reede von Palmas mit Bomben beworfen haben, erfahren wir jetzt, daß die Roten ihr verbrecherisches Treiben auch auf hoher See fortsetzen. Deutsche Kriegsschiffe, die dort zur inneren Befriedung Spaniens unermüdlich im internationalen Auftrage ihren anstrengenden Kontrolldienst ausüben, sind neuerdings mehrfach von den bolschewistischen Flugzeugen in Angriffsform angeflogen worden. Ein wie frevelhaftes Spiel das ist, erhellt daraus, daß ein Schiff der erst einmal geworfenen Bombe fast schutzlos preisgegeben ist und daher die Abwehr schon gegen den auffliegenden Feind aufgeben muß. Nur der Kaltblütigkeit der deutschen Kommandanten ist es zu verdanken, daß bisher die Geschütze geschwiegen haben, obwohl die Tatsache des Bombenabwurfes vor Palmas bereits vorliegt. Die bolschewistischen Militärmachthaber in Valencia sind vom deutschen Seebefehlshaber nunmehr eindeutig gewarnt worden.

Heuchlerische „Anklagerede“ del Vayos

Genf, 28. Mai.

Im Völkerbundsrat wurde am Freitag der erneute „Appell“ der Valencia-Bolschewisten wegen der „fremden Intervention“ im spanischen Konflikt behandelt. Alvarez del Vayo hielt eine heftige „Anklagerede“ gegen Deutschland und Italien, deren Verhalten er fortgesetzt mit Ausdrücken wie „verbrecherisch, barbarisch, zynisch, frech, wahnsinnig“ usw. belegte. Er sprach ausführlich von Guernica und erinnerte an den Wunsch nach einer „Untersuchungskommission“. Wie immer bekämpfte er die Nichteinmischungspolitik der anderen Länder. Auch lehnte er die Vermittlungsversuche der letzten Zeit als „wirklichkeitsfremd“ ab. Dem Völkerbund machte er den Vorwurf, daß er mit Rücksicht auf die „abwesenden seine anwesenden Mitglieder opfere“.

Handelsvertrag mit Frankreich vor dem Abschluß

Reiseabkommen tritt am 1. Juni endgültig in Kraft

Paris, 28. Mai.

Als Ergebnis der Besprechungen, die während der letzten Tage zwischen dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dem französischen Handelsminister Bastid geführt worden sind, konnten die wesentlichen Schwierigkeiten, die noch dem Abschluß eines Wirtschaftsabkommens zwischen Frankreich und Deutschland entgegenstanden, in befriedigender Weise behoben werden.

Die beiden Regierungen stellen mit Genugtuung fest, daß die Verhandlungen, die zur Einzelausarbeitung gewisser Fragen und zur Fertigstellung der Vertragstexte noch geführt werden, binnen kurzem zum Abschluß eines Vertrages werden führen müssen, der es ermöglichen wird, die Handels- und Finanzbeziehungen zwischen beiden Ländern auf feste Grundlagen zu stellen.

Angesichts dieser Tatsache wird das Reiseabkommen, das dem Grundsatz nach und in seinen Ausführungsbestimmungen vor zwei Monaten angenommen worden war, vom 1. Juni ab endgültig in Kraft treten.

Handelsminister Bastid hat nach der Bekanntgabe der Verlautbarung über das deutsch-französische Handelsabkommen der Presse erklärt, es sei natürlich gewesen, daß Reichsminister Dr. Schacht seinen Aufenthalt in Paris zu Unterredungen über die Handelsvertragsverhandlungen benutzt habe. Er, Bastid, freue sich, daß diese Verhandlungen zum Ziele geführt hätten. Er sei sicher, daß die erreichte grundsätzliche Einigung in etwa drei Wochen in einem Vertrag zum Ausdruck kommen werde, dessen Bestimmungen dem Handel der beiden Länder recht günstig sein werden.

Ministerpräsident Blum hatte am Freitagnachmittag eine, wie französischerseits erklärt wird, streng private Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die etwa eine Stunde dauerte.